

**Sicherheitspolitisches Forum Niedersachsen
Hannover, 19.08.2024**

Deutschland und Europa stehen auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor großen Problemen und Herausforderungen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert nicht nur eine Zeitenwende für die deutsche, sondern auch für die europäische Sicherheitspolitik, die eine gemeinsame Neuorientierung des NATO-Bündnisses erforderlich macht. Deutschland hat innerhalb des Bündnisses aufgrund seiner geografischen Lage

als Infrastruktur- und Logistik-Drehscheibe in Europa eine zentrale Funktion. Innerhalb Deutschlands wiederum steht eine gesellschaftliche Diskussion über Interessen, Ziele und Mittel einer zukünftigen Sicherheitspolitik an.



Vor diesem Hintergrund fand das Sicherheitspolitische Forum Niedersachsen 2024 am 19. August in Hannover statt. Die Staatssekretärin im

Bundesverteidigungsministerium Siemtje Möller, betonte in ihrem Eröffnungsreferat dann auch, dass die Zeit der „Friedensdividende“ der 1990er Jahre leider endgültig vorbei sei. Hingegen müsse Deutschland auf die russische Aggression reagieren, indem die Bundeswehr ertüchtigt und – vorübergehend bis zu einer europäischen Lösung – UA-amerikanische Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden müssten. Auch die Einführung einer „freiwilligen“ Dienstpflicht sei in diesem Gesamtzusammenhang zu sehen. Ihr folgend erläuterte Brigadegeneral Dunst, Chef des Stabes beim deutschen militärischen Vertreter im NATO-Militärausschuss und bei der EU in Brüssel, was das konkret für den geplanten Aufwuchs der Bundeswehr heißen würde: Bei zu

erreichender Verteidigungsfähigkeit bis Ende des Jahrzehnts seien 460.000



Soldat_innen der errechnete Bedarf, ausgehend von jetzt knapp 200.000. Allgemein müsse die Gesellschaft verstehen, dass die kommende vor uns liegende Zeit „back to the future“ – Anleihen bei den 1980er Jahren nehmen werde, also der Spätphase des „Kalten Krieges“. Dem pflichtete Rainer Meyer

zum Felde, Landesvorsitzender Niedersachsen und Bremen der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, in seinem Beitrag bei. Ihm zufolge stünden die Punkte Abschreckung, Lastenverteilung innerhalb der NATO, globale Partnerschaften mit anderen Demokratien und Krisenmanagement nun weit oben auf der außen- und sicherheitspolitischen Agenda. Mirko Temmler, der Präsident des Niedersächsischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz brachte schließlich die Perspektive des Zivilschutzes in die Diskussion ein, der – im Vergleich zum 100 Mrd. Euro-Paket für die Bundeswehr – bisher sowohl in der öffentlichen Diskussion unterbelichtet als auch unterfinanziert sei, jedoch für den Aufbau einer wirklich resilienten Gesellschaft und ihrer Strukturbedingungen absolut notwendig.



In der anschließenden sehr ausgewogenen und sachlichen Diskussion brachten die Zuhörer_innen sowohl Unterstützung als auch Skepsis gegenüber der unisono von den Panelist_innen vorgebrachten Argumente ein. Das Dilemma einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die

Russland immer als konstruktiven Teil Europas verstehen wollte, in ihren Erwartungen und Hoffnungen nun aber schwer enttäuscht wurde, wurde deutlich – auf absehbare Zeit werde Russland als Gegner betrachtet werden müssen und solange in dieser Rolle verbleiben, bis es sehe, dass es militärisch keinen „Siegfrieden“ in der Ukraine erreichen könne.

